

Redebeitrag von ATIF Gegen Rassismus, rechter Terror und Neo-Faschismus!

Wir stehen heute hier vor dem Oberlandesgericht München, um gemeinsam gegen Fremdenhass, Rassismus und Neo-Faschismus ein Zeichen zu setzen und unsere berechtigten Forderungen nach lückenloser Aufklärung, gerechtfertigter Rechenschaft im Interesse der demokratischen Öffentlichkeit, der NSU Opfer und der Hinterbliebenen erneut Nachdruck zu verleihen.

Es heißt zwar der Prozess würde gegen die rechte und neo-faschistische Terrorzelle "NSU" geführt, doch wir wissen alle, es geht bei diesem Prozess vielmehr und höchstens darum die "persönliche Schuld" der Angeklagten zu belegen und unter Strafe zu stellen.

Für uns, die Familien der Opfer und für die internationale Öffentlichkeit geht es aber um mehr als nur die persönliche Schuldigkeit dieser Marionetten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und den anderen Angeklagten. Uns geht es um die Klarstellung der "kollektiven Schuld", die durch die Verstrickungen des Verfassungsschutzes, einiger Polizeibehörden, damaliger Regierungsbehörden und durch den deutschen Staates erst möglich wurden. Dürfen sie nicht dafür belangt oder angeklagt werden?

Nach offiziellen Angaben soll der Kern des NSU aus den drei Angeklagten bestehen, doch wird bereits auch von staatlicher Seite zugegeben, dass mehr als hundert Personen – zumindest indirekt – zu dieser Terrorzelle dazu gehörten. Zu dritt konnten sie mehr als zehn Jahre "unbehelligt" durch Deutschland ziehen. Sie ermordeten neun Menschen türkischer, kurdischer und griechischer Herkunft, eine Polizistin – teilweise sogar unter der Obacht der Geheimdienstler. Mit mindestens zwei Bombenanschlägen verletzten sie mehrere Menschen. Hinzu kommt, dass sie Bekennervideos drehten und verbreiteten, in denen sie ihre Opfer verhöhnten und ihre menschenverachtende Ideologie der "Unter und Übermenschen" skandierten.

Der Rassismus mit all seinen alltäglichen, kulturellen, politischen, medialen, institutionellen Formen, der hinter diesen Taten steckt, wächst und gedeiht in der Gesellschaft und erreicht unerträgliche Maße. Die Feindseligkeiten gegen Migranten, Flüchtlinge und Andersdenkende werden von der bürgerlichen Politik tagtäglich geschürt. Die Flüchtlinge sind diejenigen, die unter diesem institutionalisierten Rassismus zu leiden haben: Jeden Tag aufs Neue wachen sie mit der Angst abgeschoben zu werden. Durch ausgrenzende Sondergesetze und bürokratische Hürden wird ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unmöglich gemacht.

Dieser institutionalisierte Rassismus war auch während der Ermittlungen zu spüren: Jahrelang wurden die Morde, die von den NSU begangen wurden, unter dem Vorzeichen „organisierter ausländischer Kriminalität“ geführt. Dass die Morde rassistisch oder faschistisch motiviert sein könnten, wurde kategorisch ausgeschlossen, obwohl viele migrantische und einheimische linke Organisationen unter anderem auch ATIF darauf hingewiesen haben. Stattdessen wurden die Familien der Ermordeten verhört, observiert und gar verdächtigt. Selbst nach der Aufdeckung der Morde durch die NSU wurde in den Medien stets von „Döner-Morden“ geredet.

Der Verfassungsschutz wird seiner Tradition immer treu bleiben und höchstens für die Verfolgung von Linken, Anti-FaschistInnen und KommunistInnen eingesetzt werden. An dem institutionalisierten Rassismus innerhalb der Gesellschaft wird er nichts ändern, sondern wird sich weiterhin dessen bedienen. Der staatspolitische Rassismus in BRD zeigt sich vor allem in den Institutionen der Justiz, der Gesetzgebung und der ausführenden Organe mittlerweile offenkundig.

Konsequenter Antifaschismus bedeutet deshalb, rassistische und faschistische Umstände im Keim zu bekämpfen. Dies bedeutet nicht nur aktiv gegen Aktionen und Aufmärsche von Nazis einzugreifen, sondern gerade auch die Abschaffung von rassistischen Gesetzen und Sonderbehandlungen zu fordern und hierfür gemeinsam zu kämpfen. Die rassistischen Vorurteile innerhalb der Gesellschaft müssen offen und gemeinsam bekämpft werden! Nur so können auch die Strukturen und Netzwerke zerschlagen werden, aus

denen die Mörder des NSU hervorgingen!

Deshalb sagen wir:

Verfassungsschutz auflösen!

Konsequente Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und Polizeibehörden!

Für einen aktiven Anti-Rassismus und Antifaschismus!

Für eine solidarische Gesellschaft jenseits rassistischer Gesetze und Schikanen!

Hoch die internationale Solidarität!